

## **A n t r a g**

der **Fraktion DIE LINKE.**

### **Thema: Gasthörerschaft von Asylsuchenden an den Hochschulen im Freistaat Sachsen ermöglichen**

**Der Landtag möge beschließen:**

Die Staatsregierung wird aufgefordert:

in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen Asylsuchenden, die in Sachsen auf eine Bescheidung ihres Antrags auf Asyl warten und eine befristete Aufenthaltsgenehmigung oder Duldung haben, zu ermöglichen, als GasthörerIn bzw. als Gasthörer Lehrveranstaltungen an den Hochschulen gebührenfrei wahrzunehmen und die dafür erforderlichen finanziellen, organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Abstimmung mit den Hochschulen zu schaffen.

### **B e g r ü n d u n g:**

Die Konferenz Sächsischer Studierendenschaften, das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, die Hochschulen und die Studentenwerke in Sachsen haben ihren Willen bekundet, Flüchtlinge willkommen zu heißen und ihnen ihre Unterstützung anzubieten. In einem Memorandum vom 27. Januar 2015 mit dem Titel „Bildung, Forschung und studentisches Leben kennen keine Grenzen“ verpflichten sich die KSS, das SMWK, die Hochschulen und Studentenwerke unter anderem, Flüchtlingen in Sachsen bei der Aufnahme eines Studiums, bei der Wohnungssuche oder bei der Anerkennung ihrer Abschlüsse zu helfen.



Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 22.4.2015

Eingegangen am: 22. April 2015 Ausgegeben am: 22. April 2015

Nach Auffassung der einreichenden Fraktion DIE LINKE. sollte die eingegangene Selbstverpflichtung, „studierwillige Flüchtlinge aus Krisengebieten bei der Aufnahme eines Studiums in besonderer Weise zu unterstützen“, auch die Möglichkeit der Gasthörer-schaft von Asylsuchenden umfassen, die in ihrem Heimatland bereits studiert haben und nun auf die Bescheidung ihres Antrags auf Asyl warten. Die Zeit der Gasthörer-schaft kann somit dem Kennenlernen des deutschen Hochschulwesens, dem Knüpfen neuer Kontakte und der Heranführung an die deutsche Sprache sowie die Fachtermini im jeweiligen Studiengang mit dem Ziel einer Wiederaufnahme des Studiums dienen. In anderen Bundesländern, so an der Universität Bremen und der Leuphana Universität in Lüneburg, wird das bereits mit Erfolg praktiziert.